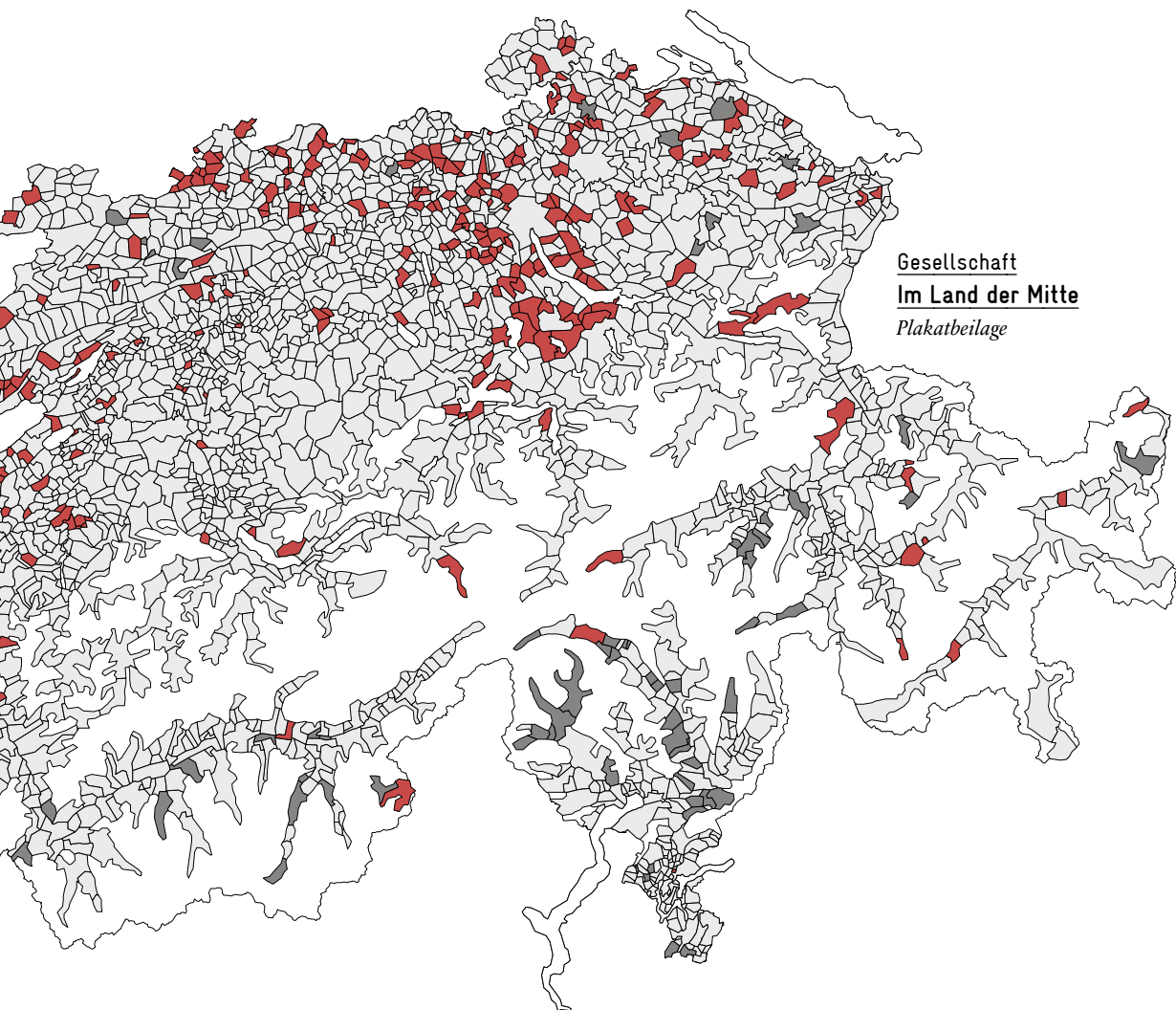


# avenir aktuell

03/2012

- 2 \_ Editorial
- 3 \_ Wohnungsmarkt
- 6 \_ Service public
- 7 \_ Zahlen
- 8 \_ Pensionskassen
- 10 \_ Einwanderung
- 12 \_ Währungspolitik
- 13 \_ Wie bitte?
- 14 \_ Gemeinden
- 15 \_ Volksschule
- 16 \_ Marktwirtschaft
- 18 \_ Abendliches Gespräch
- 19 \_ Lektüre
- 20 \_ Publikationen





*Gerhard Schwarz*  
Direktor Avenir Suisse

**I**n den aktuellen Debatten um die Energiewende oder um die Gentechnik in der Landwirtschaft äussert sich eine neue Ideologie: der Ökologismus. Seine Anhänger setzen sich für Anliegen ein, über die ernsthafte Debatten zu führen sind, doch sie zeigen dabei kaum Bereitschaft zum Dialog. Dafür gibt es mindestens drei Gründe:

Erstens berufen sich Ökologen auf naturwissenschaftliche Fakten. Wissen anzuzweifeln ist aber noch schwieriger, als Glaube in Frage zu stellen, erst recht, wenn das Wissen durch Experten gegen Zweifel immunisiert wird. Genau das scheint in der Klimadebatte abzulaufen, wo der sogenannte Konsens ausserhalb des relativ engen Zirkels der Klimatologen alles andere als unumstritten ist.

Zweitens argumentieren Ökologen mit den Interessen der nächsten Generationen. Wenn Anwälte Klienten vertreten, die niemand zu Gesicht bekommt – in diesem Fall nicht einmal sie selber –, vertreten sie letztlich immer eigene Interessen, geschützt durch die höheren Weihen eines Interesses von Dritten.

Drittens geht es zumal beim Klimawandel um etwas sehr Fundamentales, das unsere Lebensbedingungen massiv verändern kann. Da wird behauptet, ohne Gegensteuer würden wir zurück in die Steinzeit katapultiert (in der allerdings meist Eiszeit herrschte) oder das Leben von Millionen Menschen sei in Gefahr. Wer hier eine Gegenposition einnimmt, setzt sich leicht dem Vorwurf des Zynismus aus, so wie in der Gesundheitsökonomie, wo es auch heisst, ein Menschenleben entziehe sich der ökonomischen Betrachtung.

In der Energie- wie in der Klimapolitik traut sich kaum mehr jemand zu sagen: Eine Klimaveränderung, ob menschengemacht oder nicht, kann zwar zu hohen Kosten führen. Aber das Bewahren des Status quo ist keineswegs sakrosankt. Gegenüber Veränderungen gibt es immer zwei Strategien, Anpassung oder Widerstand. Die Menschen zeichnet vor allen anderen Lebewesen aus, dass sie sich anpassen, also, plakativ ausgedrückt, in Sibirien wie in der Sahara leben können.

## Nicht zur Nachahmung empfohlen

*Auch eine Misere ist für etwas gut, und sei es nur als schlechtes Beispiel. Eine aktuelle Studie zeigt: In Genf ist die Wohnungsnot hausgemacht – und die Politiker aus den anderen Kantonen können lernen, wie man es nicht machen soll.*

Marco Salvi

Es ist kein Zufall, dass Genf sowohl die stärkste Regulierung als auch die geringste Bautätigkeit aufweist.

In Genf definiert ein Gesetz die Wohnungsnot. Gemäss dieser Definition herrscht im Kanton Genf permanente Wohnungsnot – seit dem Zweiten Weltkrieg. Am 1. Juni 2012 stand von 300 Wohnungen nur eine leer. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts erlebt die Agglomeration Genfein stärkeres Wachstum als alle anderen Metropolitanregionen der Schweiz. Kurzfristig lässt sich kaum vermeiden, dass die starke Nachfrage nach Wohnungen zu einem Anstieg der Mieten führt, an beliebten Orten auch zu einem massiven. Aber

langfristig sollten die hohen Immobilienpreise eine regere Bautätigkeit und damit ein besseres Wohnungsangebot bewirken.

Diese Logik des Marktes gilt für die meisten Schweizer Regionen – aber nicht für Genf. Wie die Grafik auf Seite 4 zeigt, löste der Anstieg der Mieten 2005 bis 2010 in den meisten Regionen eine rege Bautätigkeit aus. In Genf kamen dagegen kaum Liegenschaften dazu: nur 1020 von April 2011 bis März 2012, kein halbes Prozent des Immobilienbestands.

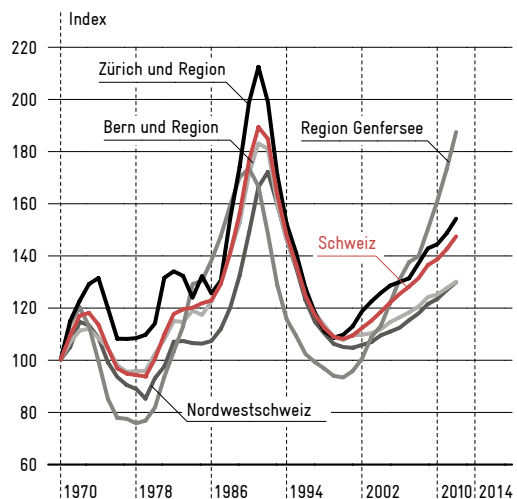
Was sind die Gründe der Wohnungsnot? Erstens mangelt es an Bauland. Es ist kein Zufall, dass Genf gleichzeitig die stärkste Reglementierung und die geringste Bautätigkeit aufweist. Die ganze Gesetzgebung zum Liegenschaftensmarkt ist disfunktional. Gestützt auf das «generelle Gesetz über die Entwicklungszonen» versuchen die Behörden vergeblich, für Bauland und Mieten «gerechte Preise» durchzusetzen. In dieser Zone, die fast 60% des Baulandes umfasst, regelt der Staat alles: Baukosten, Mieterträge, Verkaufsprei-

se, Anteil der Sozialwohnungen. Kein Wunder, dass die «Entwicklungszone» seit dem Jahr 2000 kaum eine Entwicklung erlebte, mit weniger als 2000 von 13 000 geplanten Wohnungen.

Derweil ging es ausserhalb der «Entwicklungszone» mit dem Bau von Luxusvillen voran. Seit 2000 entstanden jährlich in Genf zwischen 200 und 400 solcher Villen, was 20 bis 25% des Angebotes an Neuwohnungen entspricht. In der Agglomeration Zürich schwand in dieser Zeit der Anteil der Villen an den Neubauten von 34 auf nur noch 11%. Selbst an der Goldküste ersetzen Reihenhäuser und Eigentumswohnungen die Villen – ohne grösseren Widerstand der Nachbarn, weil alle Eigentümer darauf hoffen können, von der Wertsteigerung ihrer Liegenschaften zu >>

### Explosion der Mieten nur in Genf

Der landesweite Vergleich zeigt: Inflationbereinigt erreichen die Mietkosten nirgends das Niveau der Jahre um 1990. Und stark gestiegen sind sie nur am Genfersee.



Quelle: BFS, eigene Berechnungen

» profitieren. Wo sich der Staat nicht einmisch – in Genf also in den reichsten Villenquartieren –, kommt es zu starker Bautätigkeit.

Die andere Hauptursache der Blockade ist das Mietrecht. Genf hat das Schweizer Recht in mancher Hinsicht «perfektioniert», indem es die Schlupflöcher schloss, die andernorts als Ventil für die Marktkräfte dienen. Das geschah mit dem «Gesetz über Abbruch, Umbau und Renovation von Wohnhäusern», das vom Erneuern von Immobilien abschreckt, den Zerfall der Fassaden beschleunigt und zu Heimwerkertum einlädt. Denn diese Vorschriften lösen die Probleme nicht, sondern führen, zumeist unbeabsichtigt, zu noch grösseren Problemen.

### Mieterschutz schadet Mietern

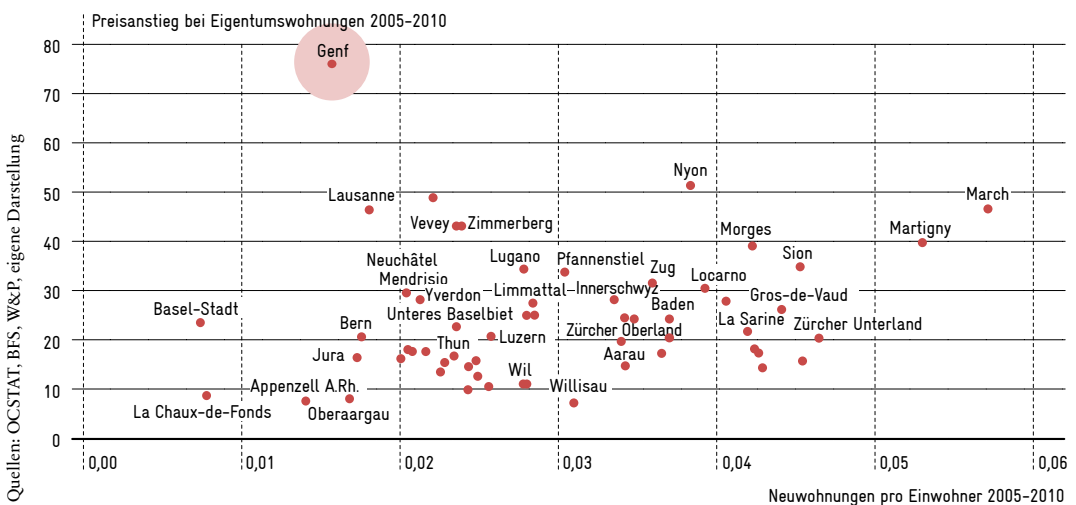
Alles in allem fällt es schwer, in der hausgemachten Wohnungsnot nicht ein besonders schwerwiegendes Beispiel von «Genferei» zu sehen, also der Eigenart der regionalen Politik. Aber Wohnungsnot herrscht in vielen Schweizer Städten, wenn auch weit weniger schlimm. Der Grund dafür ist in allen Städten der gleiche: Er findet

sich in bestimmten Mechanismen der schweizerischen Gesetzgebung zum Mieterschutz, die aus ökonomischer Sicht inkohärent sind. Es ist dringend nötig, den Mieterschutz zwar nicht abzuschaffen – gemäss den Ökonomen braucht es eine minimale Regulierung des Immobilienmarktes –, aber doch grundsätzlich zu überdenken. Denn der Mieterschutz in seiner heutigen Form schadet jenen, denen er helfen will: Beim Wohnungsproblem ist der Weg zur Hölle ganz besonders mit guten Absichten gepflastert.

Das «Genfer System» benachteiligt gerade einen wichtigen Teil der Bevölkerung: die Benachteiligten, die nicht über die Mittel oder die Beziehungen verfügen, um eine Wohnung zu ergattern. Die Ungleichheit zeigt sich also auf unerwartete und unbeabsichtigte Art. Weil das Mietrecht die alteingesessenen Mieter von allen Fluktuationen auf dem Immobilienmarkt abschirmt, müssen die Jungen, der Mittelstand und die mobilen Arbeitnehmer überproportional die Kosten tragen. Sie müssen anderswo eine Wohnung suchen, ausserhalb des grünen Gürtels, der die Agglomeration Genf umgibt, was zu einer Zersiedelung

### Im ganzen Land gelten die Marktgesetze, nur in Genf nicht

Wo die Bevölkerung in den letzten Jahren aufgrund der Einwanderung stark wuchs, also vor allem in der Metropolitanregion Zürich und im Arc lémanique, löste die steigende Nachfrage eine rege Bautätigkeit aus. Nur in Genf nicht: Die Gesetze von Kanton und Stadt schrecken die Immobilien-Investoren ab.



führt, die die Genfer gerne den Wallisern vorwerfen.

Die Dringlichkeit von Reformen ist angesichts der anhaltenden Einwanderung offenkundig. Avenir Suisse will eine Debatte entlang von vier Leitlinien anregen:

- 01\_ Das Konzept von «gerechten» Preisen und die Kontrolle der Liegenschaftenpreise in den Entwicklungszonen sind aufzugeben. Mit richtigen Marktpreisen kommt es von selbst zu einer Verdichtung.
- 02\_ Im Gegenzug ist es legitim, den Planungsmehrwert über eine Abgabe teilweise abzuschöpfen und diese Mittel einzusetzen, um die Wohnkosten von wirklich bedürftigen Personen zu subventionieren oder die Infrastrukturaufwendungen zu finanzieren.
- 03\_ Das «Gesetz über Abbruch, Umbau und Renovation von Wohnhäusern» ist aufzuheben. Es macht den Mieter zum Besitzer ohne Recht, in seine Wohnung zu investieren, und provoziert so den Zerfall der Bausubstanz.
- 04\_ Die Stadt ist aufzustocken, also zu verdichten, wie es frühere Publikationen von Avenir Suisse («Städtische Dichte», 2007, «Elever la ville», 2008) aufzeigten.

### Schlechtes Beispiel wird kopiert

Ohne diese Reformen drohen sich die Früchte der Globalisierung (von der Genf stark profitiert) in den Renten der Immobilienbesitzer und im Benzin der Pendler zu verflüchtigen. Es ist besorgniserregend, dass andere Kantone wie die Waadt, Neuenburg und sogar Zug beginnen, das schlechte Beispiel von Genf zu kopieren. Immer mehr Menschen in der Schweiz nehmen Stellung gegen das Wirtschaftswachstum, weil schlechte Gesetze zu Fehlentwicklungen führen. Das ist gefährlich: Die Mehrheit der eingesessenen Genfer Bevölkerung mag im Alltag ganz andere Bedürfnisse haben als die Minderheit von Weltbürgern, die sich nur befristet in der Stadt aufhalten – aber das Wohlergehen der Mehrheit hängt von der Minderheit ab. Eine Strategie, um den Wohnungsmarkt zu deblockieren, brächte Vorteile für alle statt der hausgemachten Wohnungsnot, unter der so viele leiden.

## Hausgemachtes Problem

*Was gegen die Wohnungsnot zu unternehmen ist.*

Die Attraktivität des Standorts Schweiz und die Personenfreizügigkeit führen dazu, dass die Bevölkerung stark wächst. Dank dieser Entwicklung kam die Schweiz gut durch die Finanzkrise und weist immer noch ein besseres Wirtschaftswachstum auf als die



schuldengeplagten Länder in der EU. Aber die Nachteile der anhaltend starken Einwanderung (siehe Seiten 10/11) stören immer mehr Menschen. Diese wollen verhindern, dass die 8-Millionen-Schweiz zur 10-Millionen-Schweiz wird.

Das Problem, das am meisten Menschen betrifft und deshalb die hitzigsten Debatten auslöst, ist hausgemacht: die Wohnungsnot in vielen Schweizer Städten. Das zeigte Avenir Suisse bereits im letzten Jahr mit dem Diskussionspapier «Wanderung, Wohnen und Wohlstand» von Patrik Schellenbauer. Das stark beachtete Papier lässt sich immer noch von der Website herunterladen.

Jetzt untersucht Marco Salvi das krasseste Beispiel für eine verfehlte Politik: «Une pénurie fait maison» («Hausgemachte Knappheit») erklärt die Ursachen der Genfer Wohnungsnot und entwirft eine Strategie, die allen Einwohnern Vorteile brächte. Das französische Papier und das deutschsprachige Communiqué lassen sich von der Website herunterladen.

[www.avenir-suisse.ch/20434/hausgemachte-knappheit](http://www.avenir-suisse.ch/20434/hausgemachte-knappheit)

## Der Staat soll sich nicht im Markt ausbreiten

*Staatsunternehmen wie die Gebäudeversicherer dehnen ihre Geschäfte vermehrt in privatwirtschaftliche Märkte aus. Das mag betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, doch aus wettbewerblicher Sicht werfen solche Engagements Fragen auf.*

Urs Meister

Staatsnahe Betriebe wie Post, Swisscom, Ruag, SRG, Kantonalbanken oder Gebäudeversicherer bauen ihre Geschäftsmodelle stetig aus. Sie stossen in Marktsegmente vor, die wenig mit ihrem ursprünglichen öffentlichen Auftrag zu tun haben. Dass sich private Unternehmen auf rechtlichem Weg zurzeit kaum gegen die staatliche Konkurrenz wehren können, zeigt ein Bundesgerichtsentscheid zugunsten der Expansionspläne der kantonalen Gebäudeversicherer mit privaten Zusatzversicherungen.

### Mehr Markt dank öffentlichen Anbietern?

Nach Ansicht der Richter wird die Wirtschaftsfreiheit durch das Engagement kantonalen Institutionen am freien Markt nicht verletzt. Auch sieht das Bundesgericht keine Gefährdung der

Wettbewerbsneutralität, solange die öffentlichen Betriebe mit gleich langen Spiessen kämpfen und keine «systematischen Quersubventionierungen» zwischen der Tätigkeit im Monopol und jener im wettbewerblichen Markt stattfänden. Ganz im Gegenteil kommt das Gericht

zum Schluss, der Eintritt der öffentlichen Anbieter in privatwirtschaftliche Märkte könne den Wettbewerb stimulieren.

Mindestens theoretisch ist eine solche Stimulation von Wettbewerb möglich. Erstens nimmt die Konkurrenz mit der steigenden Zahl von Marktakteuren tendenziell zu. Zweitens könnte rein theoretisch auch die Zielfunktion der öffentlichen Unternehmen zur Intensität des Wettbewerbs beitragen, etwa indem zurückhaltendere

Gewinnerwartungen des öffentlichen Eigentümers zu einer aggressiveren Preispolitik führen. Ein ähnlicher Effekt könnte, drittens, resultieren, wenn öffentliche Unternehmen aus welchen Gründen auch immer kostengünstiger als andere Marktakteure produzierten.

Da es keinen gravierenden Mangel an privaten Versicherern gibt, spielt der erste Effekt im schweizerischen Kontext eine untergeordnete Rolle. Auch der dritte Effekt ist in der Praxis wenig relevant. Jedenfalls deuten unzählige empirische Untersuchungen darauf hin, dass Staatsbetriebe unter gleichen Marktbedingungen nicht systematisch effizienter sind als die Privaten. Von höherer Bedeutung könnte daher der zweite Effekt sein. Dieser aber ist besonders kritisch, denn sowohl der Verzicht auf Gewinn als auch die Schadloshaltung bei Verlusten stellen faktisch Subventionen durch den öffentlichen Eigner und damit den Steuerzahler dar.

### Versteckte Querfinanzierung

Das Bundesgericht erwähnt diesen Aspekt von Subvention zwar in seinem Urteil, doch hält es auch fest, dass die blosser Befürchtung einer Verlustdeckung durch den öffentlichen Eigner noch keine systematische Quersubventionierung darstelle. Tatsächlich sind die Formen von Subventionen und Quersubventionen vielfältig und sind in der Praxis schwierig festzustellen, selbst wenn die Buchhaltung transparent geführt wird. Denn Ressourcen wie Mitarbeiter, Produktionsanlagen und Immobilien oder auch bestehende Kundenbeziehungen werden häufig gleichzeitig in unterschiedlichen Geschäftsfeldern verwendet. Dies setzt eine Aufschlüsselung der Kosten voraus, was mit Interpretationsspielraum verbunden ist. Es ist naheliegend, dass öffentliche Unternehmen möglichst viele Aufwendungen dem Monopol

Der Verzicht auf Gewinn stellt faktisch eine Subvention durch den öffentlichen Eigner und damit den Steuerzahler dar.



## Zahlen

### 2.20 Fr. vs. 0.34 Euro

oder der subventionierten Grundversorgung anlasten, dem Geschäftsfeld im Wettbewerb dagegen möglichst wenige Kosten zuweisen. Das kann beispielsweise geschehen, indem höchstens die Mehr- bzw. Grenzkosten aus den zusätzlichen Aktivitäten belastet werden.

In seinem Urteil weist das Bundesgericht auf die korrigierende Rolle des Kartellgesetzes hin. Doch darin finden sich keine expliziten Bestimmungen zu den Subventionen. In der Schweiz fehlen griffige Gesetzesgrundlagen, die es den privaten Konkurrenten oder der Wettbewerbsbehörde möglich machen, gegen die staatliche Konkurrenz vorzugehen. Dabei wäre es möglich, entsprechende Regelungen zu schaffen. So könnten Verbote zu Quersubventionen in den branchenspezifischen Gesetzen festgelegt werden.

#### **Subventionierung verbieten**

Effektiver wäre eine allgemeine Formulierung, die wettbewerbsverzerrende Subventionen untersagt. Die EU kennt solche Regelungen im Rahmen des Beihilfeverbots. Doch bisher war das Interesse dafür vor allem seitens der Kantone gering, denn die Konsequenzen wären weitreichend. Um ungerechtfertigte Begünstigungen möglichst konsequent auszuschliessen, müssten die Kantone die bisher exklusiv bei den eigenen Unternehmen bestellten Leistungen der Grundversorgung bzw. des Service public öffentlich aus schreiben.

Ein positiver Nebeneffekt wäre daher eine weitere Marktöffnung in der Grundversorgung, was wiederum die Möglichkeiten von Quersubventionen reduzieren würde. Ein dritter, besonders weitgehender Ansatz bestünde darin, die Expansion öffentlich beherrschter Unternehmen in neue Marktsegmente pauschal zu verbieten. Vorbild dafür könnte etwa ein Zusatz im schwedischen Wettbewerbsrecht sein, der sich explizit mit den öffentlichen Betrieben beschäftigt und der eine Beschränkung des Aufgabenspektrums der öffentlichen Hand ermöglicht. Auch in der Schweiz wären solche Regelungen möglich, sofern der politische Wille dazu bestünde.

*Online-Publikation: 07.08.2012*

*Erstveröffentlichung: NZZ, 07.08.2012*

*In der Landwirtschaft gibt es weder einen Markt noch eine Ordnung:* Hans Rentsch, für Avenir Suisse Autor der Studie «Der befreite Bauer», stellte dies in der NZZ vom 30. August 2012 fest. Und er zeigte es am Beispiel des Kartoffelregimes: «Eine kartellähnliche Vollstreckerin der Agrarschutzpolitik namens Swisspatat garantiert, dass die Bevölkerung möglichst nur Schweizer Kartoffeln zu essen bekommt.» Nur 5 Prozent des Verbrauchs kommen aus dem Ausland – aufgrund der Verträge der Welthandelsorganisation WTO muss die Schweiz einen minimalen Marktzutritt von 5 Prozent des durchschnittlichen Inlandverbrauchs der Referenzjahre 1995 und 1996 gewähren. Deshalb kostet ein Kilo Kartoffeln bei der deutschen Aldi 34 Cents, bei Schweizer Grossverteilern 2.20 Franken. Und die Schweiz bezahlt ihren Agrarschutz noch teurer, weil sich die Bauern gegen alle Freihandelsabkommen sperren.

---

### 41,4 Jahre

*Je älter eine Bevölkerung und je höher ihr Anteil an Rentnern ist, umso weniger wächst sie.* Dieser Zusammenhang lässt sich beispielsweise bei den Präfekturen Japans nachweisen, deren BIP in den letzten zehn Jahren mit einer Ausnahme um mehr als 15% gesunken ist, aber auch bei den Schweizer Kantonen – abgesehen vom Ausreisser Basel-Stadt mit dem stärksten Wachstum trotz mit Abstand höchstem Rentneranteil (27%). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln rechnet deshalb in Deutschland, wo der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung in den nächsten zwanzig Jahren von heute 65% auf voraussichtlich 57% sinkt, mit einer Verlangsamung des jährlichen Pro-Kopf-Wachstums auf 1%. Das Durchschnittsalter beträgt in Deutschland 44,2 Jahre, die Schweiz ist mit 41,4 Jahren deutlich jünger. Das verdankt sie den Einwanderern: Das Durchschnittsalter der Schweizer liegt bei 43 Jahren, jenes der Ausländer fast sieben Jahre tiefer.

## Verjüngungskur für die Altersvorsorge

*Die berufliche Vorsorge ist seit der Einführung des Obligatoriums 1985 in die Jahre gekommen. Seither hat sich die Gesellschaft stark gewandelt. Die Schweizer Altersvorsorge kann nur sicher bleiben, wenn sie den Wandel mitmacht.*

*Jérôme Cosandey und Alois Bischofberger*

Die Gesellschaft steht nicht still. Die letzten Jahrzehnte brachten in allen Bereichen des menschlichen Lebens tiefgreifende Veränderungen. Ihnen müssen die wirtschaftlichen und sozialen Organisationen Rechnung tragen, wenn sie nicht an Akzeptanz einbüßen wollen. Das gilt nicht zuletzt für die Altersvorsorge und ihre zweite Säule.

**Die Gesellschaft ist durch mehr Individualität geprägt:** Aufgrund des Wandels im Familienleben und in der Unternehmenswelt lassen sich Karrieren kaum mehr planen. Auf atypische Erwerbskarrieren mit Familienzeit oder Auslandsaufenthalten ist das BVG aber nicht ausgerichtet. Dazu kommt, dass die Gleichung «Alt gleich arm» nicht mehr gilt: Häufig haben die Jüngeren mit

Familie eine stärkere Belastung zu tragen – doch sie müssen für die Älteren aufkommen.

**Die Bevölkerung wird älter:** Längere Lebenserwartung und niedrigere Geburtenziffern lassen die Zahl der Rentner im Vergleich zu den Personen im Erwerbsalter markant steigen. Das ist nicht nur ein Problem für die AHV mit ihrem Umlageverfahren, sondern auch für die Pensionskassen: Ihre Parameter, vor allem der Umwandlungssatz, der die Höhe der Rente bestimmt, entsprechen nicht der demografischen Realität.

**Der dritte Beitragszahler schwächt:** In der kapitalgedeckten Altersvorsorge sind neben der Lebenserwartung der Versicherten die auf den Altersguthaben erzielbaren Renditen ein wesentlicher Einflussfaktor – auch dieser Parame-

---

### Wie sich die Schweiz seit 1985 verändert hat

---

*Es sind erst 27 Jahre, seit das Obligatorium der beruflichen Vorsorge eingeführt worden ist. Aber das Leben der Schweizerinnen und Schweizer hat sich in dieser Zeit in mancher Hinsicht so stark gewandelt wie nie zuvor. Diese Veränderungen erfordern ein grundsätzliches Überdenken des bewährten Drei-Säulen-Systems der Altersvorsorge.*

Bereich	Aspekte	Folgen
Soziales Umfeld	<ul style="list-style-type: none"> <li>_ Familie</li> <li>_ Beruf</li> <li>_ Alt ≠ arm</li> </ul>	➔ Mehr Individualität, mehr Mobilität
Demografie	<ul style="list-style-type: none"> <li>_ Lebenserwartung</li> <li>_ Geburtenrate</li> </ul>	➔ Alterung der Gesellschaft
Kapitalmarkt	<ul style="list-style-type: none"> <li>_ Inflation / Disinflation</li> <li>_ Finanz- und Wirtschaftskrisen</li> </ul>	➔ Tiefe Rendite, Kostendruck
Regulierung	<ul style="list-style-type: none"> <li>_ Freizügigkeit</li> <li>_ Wohneigentum</li> <li>_ Strukturreform</li> </ul>	➔ Komplexitätskosten
Politik	<ul style="list-style-type: none"> <li>_ Mehrheitsverhältnisse</li> <li>_ Initiativen / Referenden</li> </ul>	➔ Polarisierung, Veto-Politik

---



ter hat sich seit der Einführung des BVG stark verändert. Einerseits sind die nominellen Zinsen seit den 1980er-Jahren kräftig gesunken. Andererseits nimmt die Volatilität auf den Kapitalmärkten zu. Die Vorsorgeeinrichtungen müssen dies bei ihren Leistungsversprechen berücksichtigen.

**Die Vorsorgewerke stehen unter Komplexitätsstress:** Das Dreisäulensystem der Altersvorsorge baute auf Bestehendem auf, deshalb war es von Anfang an komplex. In den letzten Jahrzehnten hat die Regulierungsdichte stark zugenommen. Die Pensionskassen müssen deshalb externe Experten beiziehen, was die Verwaltungskosten steigen lässt.

**Die Politik wird weniger berechenbar:** Aufgrund der Polarisierung in der Politik mit «unheiligen Allianzen» gegen Kompromisslösungen haben es nachhaltige Reformen in der Altersvorsorge schwer. Dazu kommt, dass der Einfluss der Rentner dank ihres wachsenden Anteils an der Gesamtbevölkerung zunimmt: Sie werden Rentenkürzungen kaum zustimmen. Das führt zu einem Reformstau.

**Der Mut zu Reformen fehlt:** Die Politik geht sozialpolitische Reformen zögerlich an, weil sie in der Regel unpopulär sind und weil die Folgen der Untätigkeit erst mittel- und längerfristig sichtbar werden. Dabei geht vergessen, dass die Verzögerung notwendiger Reformen den Preis für spätere Korrekturen immer höher treibt. Noch schlimmer ist, dass der Reformbedarf oft rundweg geleugnet wird.

Sollte man also den Stier bei den Hörnern packen und eine Totalrevision des Systems der Altersvorsorge einleiten? Eine grundsätzliche Neuausrichtung des Systems der Altersvorsorge hat wohl auf absehbare Zeit kaum Realisierungschancen. Und neben den politischen Überlegungen gibt es auch gute ökonomische Gründe für Reformen im Rahmen der heutigen Gesetzgebung.

Das Dreisäulensystem ist reformierbar, wenn sich die Reformen von drei Grundprinzipien leiten lassen. Erstens müssen die Versicherten als mündige und eigenverantwortliche Bürger behandelt werden. Zweitens muss die berufliche Vorsorge generationengerecht und systemkonform finanziert sein. Drittens muss sie auf hohe Effizienz getrimmt sein.

## Gegen die Blockade

*Niemand tut etwas bei der  
Vorsorge – Zeit für eine Studie.*

Seit dem Debakel der Volksabstimmung vom März 2010 herrscht Reformstau bei der beruflichen Vorsorge: Alle wissen, dass die Rechnung nicht aufgehen kann und dass die Rentner auf Kosten der Aktiven leben – niemand traut sich, etwas dagegen zu tun.

Mit ihrer Studie «Verjüngungskur für die Altersvorsorge» machen Jérôme Cosandey und Alois Bischofberger deshalb Vorschläge für die Reform der zweiten Säule. Sie vermitteln Fakten, und zwar nicht nur neue, sondern ebenso verdrängte, zu wenig bekannte oder zu wenig eindringlich dargestellte Daten. Sie entlarven die Mythen, die dringend nötige Reformen blockieren, als eben dies: Mythen. Und sie wenden liberale Prinzipien auf die berufliche Vorsorge an und leiten daraus Empfehlungen ab: So schlagen sie die Bestimmung des Umwandlungssatzes durch den Stiftungsrat oder die freie Pensionskassenwahl für die Mitarbeiter vor.

Damit liefern die beiden Autoren kein Rezeptbuch – Wunderlösungen gibt es keine. Aber sie zeigen fünf Stossrichtungen für mögliche Reformen auf. Die Studie, bei NZZ Libro erschienen, ist im Buchhandel oder bei Avenir Suisse für 38 Franken erhältlich, weitere Informationen dazu finden sich auf der Website.



[www.avenir-suisse.ch/21014/  
verjüngungskur-fur-die-altersvorsorge/](http://www.avenir-suisse.ch/21014/verjüngungskur-fur-die-altersvorsorge/)

## Die 8-, 9-, 10-Millionen-Schweiz

*Die Einwanderung in die Schweiz hält mit ungebrochenem Tempo an. Die Bevölkerung könnte bis auf 10 Millionen Menschen steigen. Deshalb braucht es Massnahmen, damit die negativen Begleiterscheinungen nicht die Personenfreizügigkeit gefährden.*

Daniel Müller-Jentsch

Im Sommer 2012 überschritt die Bevölkerungszahl der Schweiz die 8-Millionen-Grenze, damit ist sie seit dem Jahr 2000 um 800 000 gestiegen. Wenn dieses starke Trendwachstum anhält, ist die 9-Millionen-Schweiz bis 2030 realistisch und sind sogar 10 Millionen Einwohner bis etwa 2040 möglich.

Hinter dem ausgeprägten Bevölkerungswachstum der Schweiz steht eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte: Seit Einführung der Personenfreizügigkeit vor zehn Jahren kam es zu einer massiven Zuwanderung gut qualifizierter Arbeitskräfte, vorwiegend aus Deutschland und Frankreich. Der Treiber dieser Entwicklung war der Sog aus dem Arbeitsmarkt; in der Dekade 2000–2010 nahm die Erwerbstätigkeit um 400 000 Personen

(also um 10%) zu. Dieser Beschäftigungsaufbau war die Triebfeder des Booms der 2000er-Jahre und trug durch die Stabilisierung der Staatsfinanzen und der Binnennachfrage auch dazu bei, dass die Schweizer Wirtschaft die Krisenjahre so gut überstand.

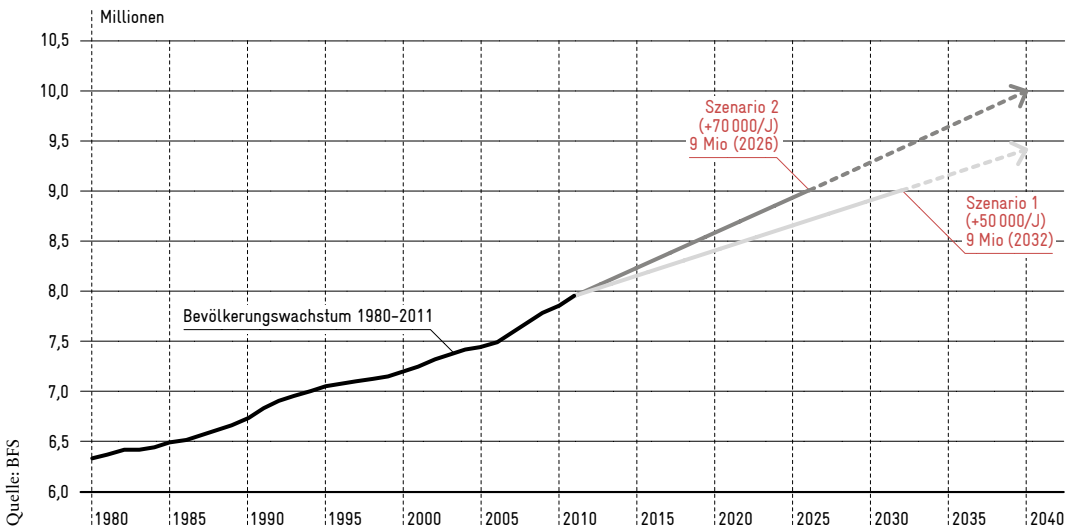
Während in den ersten Jahren der Personenfreizügigkeit die positiven Effekte klar überwiegen, rücken jedoch in der Öffentlichkeit zusehends die negativen Begleiterscheinungen in den Vordergrund: Verkehrsüberlastung, Wohnungsknappheit, steigende Immobilienpreise, die Zersiedlung des Mittellandes und die wachsenden Überfremdungsängste. Die Kosten-Nutzen-Bilanz der Neuen Zuwanderung verschlechtert sich. Die Politik ist nun gefordert, die negativen Begleit-

---

### 9 Millionen in 14 oder in 20 Jahren?

---

*Die Schweizer Bevölkerung wuchs nach der Krise der 1970er-Jahre stetig. Bei einem Zuwachs von jährlich 50 000 Menschen erreicht sie die 9-Millionen-Grenze 2032, bei 70 000 zusätzlichen Einwohnern schon 2026.*



Quelle: BFS

erscheinungen durch entsprechende Reformen zu minimieren, damit die Akzeptanz der Personenfreizügigkeit nicht untergraben wird.

#### Was zu tun ist

In diversen Politikfeldern bedarf es gewissermassen flankierender Massnahmen:

- 01\_ In der Verkehrspolitik braucht es grössere Kostenwahrheit, um die Übernachtfrage (verursacht durch Subventionen) zu drosseln und Investitionen in den Kapazitätsausbau zu finanzieren. Vor allem die Verteuerung der Preise im Öffentlichen Verkehr, die nur rund die Hälfte der Vollkosten decken, und die Einführung des Mobility Pricing (siehe Artikel rechts) sind zu prüfen.
- 02\_ Die Siedlungsentwicklung ist mit einem griffigen Instrumentarium zu steuern – wie in der Revision des Raumplanungsgesetzes vorgesehen. Das Gesetz, das einzelne Kantone mit dem Referendum bekämpfen wollen, würde die Bauzonenreserven von den Randregionen in die Zentren verschieben, indem übergrosse Bauzonen – im Wallis für fünfzig Jahre ausreichend – zurückgezont würden. Die zwei Millionen neuen Einwanderer sind in den Ballungsräumen Basel, Bern, Zürich, Lausanne/Genf und Lugano anzusiedeln.
- 03\_ Der Zuwanderungsdruck sollte reduziert werden – soweit dies möglich ist. Allzu viele Handlungsoptionen gibt es in einem liberalen Staat allerdings nicht. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre die Beschleunigung der Asylverfahren oder die Einschränkung des Familiennachzugs aus Drittstaaten.
- 04\_ Ein staatlich finanziertes, aktives Standortmarketing ist aus ordnungspolitischer Sicht wie auch bezüglich des Tempos der Zuwanderung abzulehnen. Dasselbe gilt für Steuer geschenke an einzelne ausländische Firmen durch die Kantone aufgrund von überholten Bestimmungen wie der «Lex Bonny». Die Schweiz ist attraktiv genug, sie braucht über die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinaus kein zusätzliches «Standortdoping».

Online-Publikation: 19.07.2012

## Was heisst Mobility Pricing?

*Ein englisches Wort für die Selbstverständlichkeit, dass die Konsumenten die Kosten tragen.*

Das Schweizer Verkehrssystem stösst an seine Grenzen. Wer das Bevölkerungswachstum dafür verantwortlich macht, täuscht sich. Ursache ist in erster Linie die zunehmende Mobilität. Verglichen mit 1970 fahren wir heute mit dem Auto im Jahr mehr als eineinhalbmal so weit, die mit dem Zug zurückgelegten Kilometer sind sogar allein in den letzten fünf Jahren um über ein Viertel gestiegen, und Pendler gibt es heute doppelt so viele wie 1970, nämlich fast 60% der Erwerbsbevölkerung.

Wir fahren immer mehr durch die Gegend, tragen aber nicht die vollen Kosten, weder im privaten, noch im öffentlichen Verkehr – dort erst recht nicht. Und weil wir die wahren Kosten nicht spüren, reisen wir immer mehr und weiter. Die Schweizer Verkehrspolitik verstösst somit gegen zwei zentrale Grundsätze: die Kostenwahrheit und das Verursacherprinzip. Mit «Mobility Pricing» liessen sich die Nachteile der heutigen Verkehrspolitik beheben. Mobility Pricing bedeutet schlicht: Wer Mobilität konsumiert, trägt auch deren Kosten. Das ist eigentlich selbstverständlich, beim Verkehr scheint es aber so exotisch zu sein, dass man dafür ein englisches Wort benutzt.

Mobility Pricing heisst: Die Nutzer bezahlen die vollen Kosten – oder zumindest einen grösseren Anteil davon als bisher. Und je nachdem, wann sie fahren und wo, kostet sie die Fahrt mehr oder weniger. Unter dem Strich würde das nicht mehr kosten, nur würden die Nutzer mehr und die Steuerzahler entsprechend weniger zahlen. Ein Mautsystem beispielsweise für stauanfällige Tunnels im Strassenverkehr und eine Differenzierung der Preise nach Strecken und Zeiten im öffentlichen Verkehr mögen in unserem Land wie Utopie tönen. Aber Erfahrungen andernorts zeigen, dass mehr machbar ist, als wir glauben. **GS**

*Text des Beitrags zur Sommerserie «20 Köpfe, 20 Ideen» von Radio DR S1 vom 16.06.2012.*

## An der Franken-Untergrenze festhalten!

*Die Nationalbank muss enorme Mittel aufwenden, um dagegen zu kämpfen, dass sich der Franken wieder aufwertet. Aber es gibt keine Alternative zur Anbindung an den Euro. Für die Politik gilt deshalb: Schweigen ist besser als Reden.*

*Alois Bischofberger und Rudolf Walser*

Im September 2011 wurde die Fixierung einer Untergrenze für den Wechselkurs des Frankens gegenüber dem Euro durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) einhellig begrüsst. Dieser Konsens scheint brüchig geworden zu sein. Einzelne Politiker, Wirtschaftsvertreter und Professoren plädieren mit dem Hinweis auf die langfristigen Kosten entweder für den Verzicht auf die Mindestkursfixierung oder doch wenigstens für eine sukzessive Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro.

Gedacht wird an einen «Crawling Peg», bei dem der Frankenkurs in Trippelschritten angepasst würde. Zur Diskussion steht auch, die Untergrenze des Frankens nicht gegenüber dem Euro, sondern gegenüber einem Währungskorb

festzulegen. Es trifft zwar zu, dass die Exportwirtschaft seit dem Beginn der Frankenhausse ihre Widerstandskraft eindrücklich demonstriert hat. Dennoch kommen die Vorstösse zu einem denkbar ungeeigneten Zeitpunkt.

Erstens geben die Spannungen im Euroraum Anlass zu grossen Sorgen. Entsprechend verstärkt sich die Flucht in sichere Anlagen; die rekordtiefen Renditen auf schweizerischen Staatsobligationen beweisen es. Zudem steigt die Volatilität auf den Finanzmärkten, dies zeigen die heftigen Kursschwankungen an den Aktienbörsen.

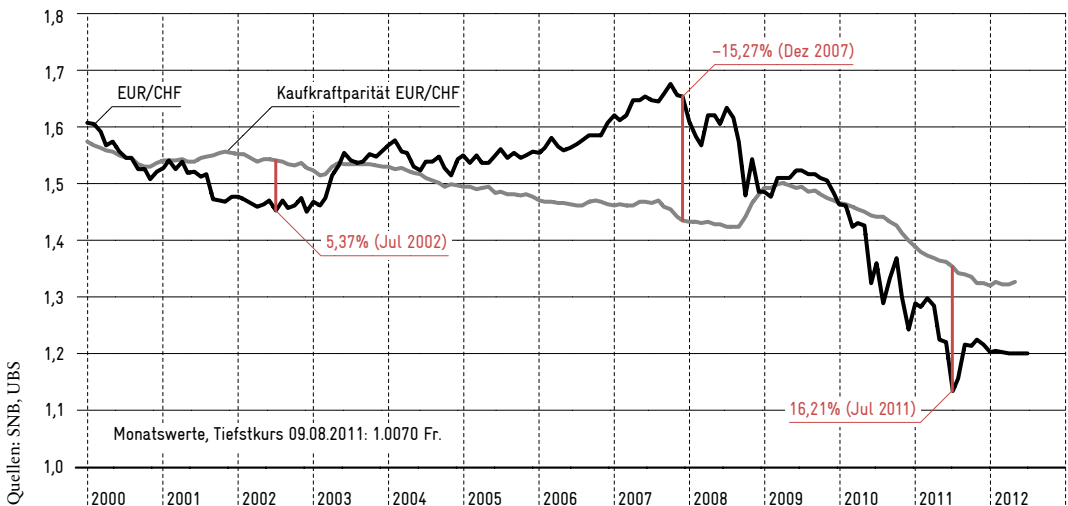
In dieser volatilen Situation wäre es naiv zu glauben, die Finanzmärkte würden den Verzicht auf die Untergrenze gelassen hinnehmen. Viel wahrscheinlicher wären Spekulationswellen, die

---

### Der Franken ist selten «richtig» bewertet

---

*Der Kurs des Frankens schwankt stark um die Kaufkraftparität zum Euro. Im letzten Jahrzehnt war der Franken lange unterbewertet, im Sommer 2011, vor der Einführung der Untergrenze, stark überbewertet.*



den Frankenkurs wieder auf die Höhen des vergangenen Sommers hinauftreiben würden. Auch eine Aufwertung in kleinen Schritten würde die Marktteilnehmer nicht beruhigen.

Vom unerwartet positiven BIP-Wachstum von 0,9% im zweiten Quartal 2012 sollte man sich nicht täuschen lassen. Es war konsumgetrieben, und der Konsum ist in der Regel ein nachhinkender Indikator. Hinzu kam der starke Lageraufbau, der das Wachstum zwar kurzfristig positiv beeinflusst, aber ebenfalls keine Nachhaltigkeit erwarten lässt. Die Exporte waren keine Wachstumsstütze, im Gegenteil. Vorlaufende Indikatoren künden eine spürbare Abschwächung der Auslandnachfrage an, was angesichts der Rezession im Euroraum nicht erstaunt.

#### Subventionen sind schlimmer

Dazu kommt ein weiterer, aus politökonomischer Sicht relevanter Punkt. Wenn die SNB eine Frankenaufwertung gegenüber dem Euro zulässt, werden unweigerlich politische Forderungen laut, die unter Druck geratene Exportwirtschaft zu stützen. Direkte Subventionen, Steuerbefreiungen für gewisse Branchen und ähnliche Vorschläge werden aus der Mottenkiste gezogen. Einmal als gut gemeinte Überbrückungshilfe eingeführte Massnahmen erweisen sich meistens als langlebige, die Folge sind Strukturverzerrungen und verzögerter Strukturwandel. Das führt zu Schäden, die gravierender sein können als die Kosten von Devisenmarktinterventionen.

Schliesslich ist zu betonen, dass das Nachdenken über Strategien und den geeigneten Zeitpunkt für den Ausstieg aus der Politik der Mindestkurssetzung nicht verboten, sondern nötig ist. Wenn sich aber selbst die in aller Regel zurückhaltende BIZ über das Ausmass der Unsicherheit besorgt zeigt, wäre Schweigen vielleicht tatsächlich besser als Reden. Schnellschüsse im heutigen extrem volatilen Umfeld schwächen die Position der SNB vor allem dann, wenn sie von Politikern abgefeuert werden, die stets mit Ratschlägen zur Hand sind. Rasch kann der Eindruck aufkommen, dass an der Unabhängigkeit der Notenbank gerüttelt wird.

*Online-Publikation: 04.06.2012*

## Seniorenrabatt

Die aktuellen Ergebnisse des Mikrozensus zur Mobilität zeigen, dass die Verkehrsnachfrage in der Schweiz unablässig zunimmt, vor allem beim Bahnverkehr. Durch eine stetig wachsende Bevölkerung und die gleichzeitige Zunahme der Mobilität pro Einwohner stossen das Strassen- und das Schienensystem an ihre Kapazitätsgrenzen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass die Flaschenhalse auf bestimmte Strecken und auf die Stosszeiten beschränkt sind. Eng wird es auf den Strassen und in den Zügen vor allem während der Rush-Hour des Berufsverkehrs sowie zu den Spitzenzeiten des Freizeitverkehrs am Wochenende.

Da die Kapazität der Infrastruktur auf die Verkehrsspitzen ausgerichtet ist, gibt es zwei Möglichkeiten, mit der «Peak-Time»-Problematik umzugehen: Entweder man investiert Milliardenbeträge in den Kapazitätsausbau oder man versucht, einen Teil des Verkehrs auf die Talzeiten umzulenken.

Im ÖV liessen sich solche Änderungen leicht einführen. Eine zeitliche Staffelung der Billett-Tarife wird von Experten schon lange gefordert. Es scheint an der Zeit, dieses sinnvolle Prinzip umzusetzen, und am einfachsten wäre dies beim Generalabonnement (GA) der SBB. Dabei profitieren Personen über 65 Jahren von einem Sondertarif: Das «Senioren-GA» für die 1. Klasse ist 21% und jenes für die 2. Klasse gar 24% billiger als das reguläre GA. Diese Preisvergünstigung sollte an die Bedingung geknüpft werden, dass das Senioren-GA nicht in den Stosszeiten verwendet werden darf – zumal Rentner zeitlich besonders flexibel sind.

Da das Seniorenprivileg im öffentlichen Verkehr sozialpolitisch ohnehin fragwürdig ist, wäre es verkehrspolitisch konsequent, gleich einen Schritt weiter zu gehen: Die SBB sollte das Senioren-GA vollständig abschaffen und durch ein vergünstigtes «Talzeiten-GA» ersetzen, das all jene kaufen könnten, die bereit sind, Nutzungsbeschränkungen während der Verkehrsspitzen zu akzeptieren. Dies wäre eine einfache Massnahme – aber eine substanzielle. *DMJ*

# Wer bestellt, soll auch zahlen

*Die Gemeinden lagern immer mehr Aufgaben in Zweckverbände aus. Deren Leistungen sind oft zu teuer, weil sie kaum demokratisch kontrolliert werden.*

Lukas Rühli

Ein immer grösserer Anteil der kommunalen Aufgaben wird in Gemeindeverbänden und anderen Gefässen der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) erbracht. So arbeiten 90% der Gemeinden bei der Spitex/Hauspflege zusammen, 75% in Schulfragen und bei der Feuerwehr, deutlich über 50% bei der Wasserversorgung sowie der Abwasser- und der Kehrrichtentsorgung. Diese flexible Art der Leistungserstellung hat sich bisher oft als zweckmässig erwiesen – immerhin wird dadurch die Bewältigung von Aufgaben ermöglicht, die zu «gross» für eine einzelne Gemeinde sind, ohne die rechtliche Unabhängigkeit der betroffenen Gemeinden (wie bei einer Fusion) gleich ganz aufzugeben.

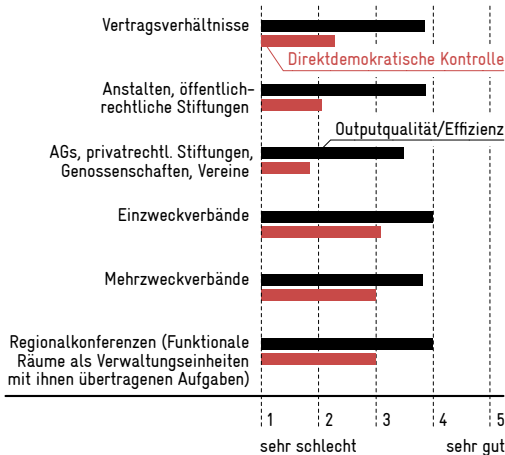
Gewisse Schwierigkeiten mit der IKZ sollten jedoch nicht ausgeblendet werden:

Eine Umfrage von Avenir Suisse hat gezeigt, dass Kantonsvertreter die direktdemokratische Kontrolle der IKZ durch die Bevölkerung als nicht allzu hoch einschätzen (vgl. Abbildung). Deutlich besser fällt das Urteil über die Outputqualität/Effizienz der IKZ aus. Zwischen der Outputqualität und der Effizienz kann jedoch eine grosse Lücke klaffen. Verschiedene Kantonsexperten betonten, die Qualität der «ausgelagerten» Angebote lasse wenig zu wünschen übrig, während es um die Effizienz besser stehen könnte. So würden manchmal Luxuslösungen angeboten – und dies oft in einer «Take-it-or-leave-it»-Manier –, die bei einem klareren Bezug der Kosten zu den Gemeindebudgets kaum in Frage kämen.

Potenziell besonders ausgeprägt ist dieses Problem in Verbänden mit Delegiertenversammlungen, deren Mitglieder nicht vom Volk gewählt werden. Dies sind meist Fachpersonen, sie erachten also die von ihrem Zweckverband erbrachte Leistung als überdurchschnittlich wichtig und streben einen hohen Leistungsstandard mit entsprechenden Kostenfolgen an.

## Skeptisches Urteil der Experten

*Die Kantonsexperten sind nicht sehr überzeugt von der demokratischen Kontrolle der interkommunalen Zusammenarbeit in ihren Kantonen. Gemeindeverbände (aller Art) schneiden immerhin deutlich besser ab als andere Formen der Zusammenarbeit.*



## Als Ausweg sind zwei Varianten vorstellbar:

- 01\_ In Gemeindeverbänden mit strategischen Aufgaben sollten als «gesetzgebende Instanz» anstelle einer Delegiertenversammlung die Stimmberechtigten der Mitgliedsgemeinden bzw. ein von diesen gewähltes und sie vertretendes Verbandsparlament treten.
- 02\_ In Gemeindeverbänden mit operativen Aufgaben sollte sich die Delegiertenversammlung aus Exekutivmitgliedern der Gemeinden oder gar aus den Gemeindepräsidenten zusammensetzen. Denn diese Personen haben erstens einen klareren Bezug zum Gemeindebudget und zweitens eine höhere direktdemokratische Legitimation.

Online-Publikation: 07.05.2012

Quelle: Eigene Erhebung



# Freie Schulwahl heisst mehr Gleichheit

*Warum setzen sich die Sozialdemokraten und die Lehrer nicht dafür ein, dass die Eltern frei bestimmen können, wo sie ihre Kinder in die Schule schicken?*

*Patrik Schellenbauer*

In der Diskussion um die freie Schulwahl steht häufig nicht die Qualität und die Effizienz des Bildungsangebots im Vordergrund, sondern die Sorge um die soziale Durchmischung und um die Chancengerechtigkeit. Hier neigt die Debatte zur Romantisierung: Die alte Dorfschule auf dem gleichnamigen Gemälde von Albert Anker (1896) scheint sich derart ins kollektive Gedächtnis eingebrannt zu haben, dass man die heutigen Realitäten nur mit getrüübter Linse wahrnehmen will. Der Lebensalltag der meisten Schweizerinnen und Schweizer sieht aber ganz anders aus. Vier Fünftel von ihnen leben nicht mehr im ländlichen Idyll, sondern in Städten und ausufernden Agglomerationen. Die räumliche Segregation und damit die soziale Entmischung ist für sie längst Realität.

Für den Umzug an eine bevorzugte Lage muss ein Eintrittspreis bezahlt werden, auch für gute öffentliche Schulen in begüterten Gemeinden. Dieses Eintrittsticket ist für Normalverdiener häufig unerschwinglich. Das Einkommen bestimmt also, wer heute über faktische Wahlfreiheit verfügt und wer nicht. Irritierend ist, dass gerade jene Kreise, die an vorderster Front gegen die Entmischung kämpfen, der freien Schulwahl nichts Positives abgewinnen können.

## Haushalte mit kleinem Budget wären Profiteure

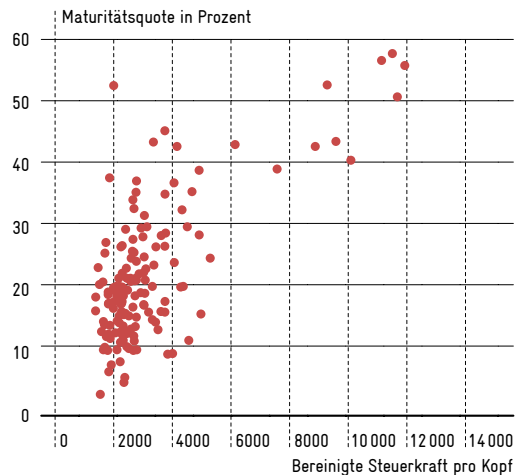
Aber ist die Schulqualität in den wohlhabenden Gemeinden tatsächlich höher? Dazu genügt ein Blick auf die Maturitätsquoten im Kanton Zürich. Während in einigen Gegenden am Zürichsee fast die Hälfte der Schüler eine Mittelschule besucht, liegt die Quote im ländlichen Zürcher Weinland teilweise unter 10%. Vermutlich neigen die Weinländer mehr als die Seeanstösser zu praktischen Bildungsgängen wie einer Berufslehre. Trotzdem fällt es schwer, die ganze Differenz allein mit den vorhandenen Unterschieden in

den Bildungsvorlieben zu erklären. Verschiedene Untersuchungen für die Schweiz zeigen denn auch, dass die Zustimmung zur freien Schulwahl mit steigenden Einkommen abnimmt. Anders gesagt: Die Profiteure der Reform wären die Haushalte mit kleinem Budget. Schwer verständlich ist daher, dass aufgeklärte Sozialdemokraten mehr Wettbewerb zwischen den Volksschulen nicht zu ihrem Anliegen machen. Ein wichtiger Faktor ist aber auch die vorwiegend linke Lehrerschaft, die die starre Zuweisung vehement verteidigt. Eingezwängt zwischen aufmüpfigen Eltern und überhandnehmender Bürokratie sehen sie ihre Felle endgültig davon schwimmen, sollten sie nun auch noch dem rauen Wind des Wettbewerbs ausgesetzt werden.

*Online-Publikation: 11.05.2012*

## Je reicher die Gemeinde, desto gescheiter?

*In ärmeren Gemeinden des Kantons Zürich schaffen teils weniger als 10 Prozent der Schüler den Übertritt an die Mittelschule, in den reichsten mehr als 50 Prozent.*



Quellen: Statistik Kanton Zürich, eigene Berechnungen

## Die schlechteste Ordnung ausser allen anderen

*Er verstehe die Menschen, die sich über Auswüchse der Marktwirtschaft empören – aber nicht jene Trittbrettfahrer, die diese Gefühle bewirtschaften: Dies sagt Gerhard Schwarz im neuen Lehrbuch «Aktuelle Volkswirtschaftslehre» von Peter Eisenhut.*

*Gerhard Schwarz, befragt von Peter Eisenhut*

**Finanzkrise, «Abzocker»-Debatte, Boni-Exzesse: Haben Sie Verständnis für die Kritik an der Marktwirtschaft?**

Ich habe Verständnis für die Angst und die Empörung, die sich da Luft verschaffen. Schliesslich durchleben wir eine selten schwere Krise, und bei den Beträgen, die im Finanzsektor fliessen, hat die Masslosigkeit zum Teil groteske Ausmasse angenommen. Gleichzeitig halte ich die Emotionalität der Kritik für wenig zielführend und letztlich gefährlich.

Kein Verständnis habe ich dagegen für jene – Politiker, Intellektuelle, Publizisten –, die diese Emotionen bewirtschaften. Es gibt hier viele Trittbrettfahrer, denen die Marktwirtschaft mit ihrer Betonung der Freiheit, der Verantwortung, des Wettbewerbs, der dezentralen Entscheide immer suspekt war und die nun ihre Chance witen,

endlich für ihre interventionistischen und paternalistischen Vorstellungen Sukkurs zu finden. Und wenig Verständnis habe ich auch für jene, die bisher für die Marktwirtschaft eingetreten sind und nun angesichts der Krise und des weltanschaulichen Gegenwinds leichtfertig ihre Zweifel hegen.

**Zurzeit wird es den Kritikern der Marktwirtschaft relativ leicht gemacht, auf offene Ohren zu stossen. Mit welchen Argumenten nehmen Sie den Kritikern den Wind aus den Segeln?**

Entscheidend ist zunächst eine möglichst nüchterne Ursachenanalyse. Diese muss die staatliche

Politik des viel zu billigen Geldes, die massive Förderung von Wohneigentum für Leute, die es sich nicht leisten konnten, schlechte (weniger als mangelnde) staatliche Regulierungen sowie ein Versagen der staatlichen Aufsicht (inkl. ungenügender Durchsetzung bestehender Regeln) mit einbeziehen. Sie wird ferner berücksichtigen, dass in Deutschland praktisch nur Staatsbanken in die Krise geraten sind, Staatseigentum und staatliche Vertretung in den Verwaltungsräten also keine Garantie gegen Fehlentscheide in den Banken darstellen. Und sie wird vor allem nicht ausblenden, dass die Staatsschuldenkrise weit in die Zeit vor der Finanzkrise zurückreicht und allein der Politik zu «verdanken» ist.

Sodann ist daran zu erinnern, dass die Marktwirtschaft keine paradiesische Ordnung ohne Schwächen und Fehlentwicklungen ist. Die Frage ist lediglich, welches Versagen grössere und verheerendere Folgen anrichtet, das Marktversagen oder das Staatsversagen. Viele Kritiker der Marktwirtschaft meinen, Entscheide, die zentral (also staatlich) gefällt werden, seien moralischer, klüger, besser und richtiger als dezentrale Entscheide in Unternehmen jeglicher Grösse, in privaten Haushalten und in kleinen Gebietskörperschaften. Dafür gibt es keinerlei empirische oder theoretische Evidenz.

Doch selbst wenn dem so wäre, hat der zentrale Fehlentscheid (der ja zwingend vorkommt) jedenfalls immer viel verheerendere Folgen als der Fehlentscheid selbst eines Riesenunternehmens. Im einen Fall ist unmittelbar die ganze Volkswirtschaft (oder Weltwirtschaft) betroffen, im anderen Fall hauptsächlich das Unternehmen und nur indirekt ein weiterer Teil der Volkswirtschaft. Das gilt selbst für sogenannte systemrelevante Unternehmen: Wenn sie Fehler machen, muss der Staat zu Hilfe eilen, weil die Folgen

Ich habe wenig Verständnis für jene, die bisher für die Marktwirtschaft eingetreten sind und jetzt in der Krise leichtfertig ihre Zweifel hegen.

eines Zusammenbruchs fatal wären. Aber wenn der Staat Fehler macht und damit unter Umständen den ganzen Finanzsektor und nicht nur ein einzelnes Institut zerstört, gibt es keinen «lender of last resort» mehr.

***Der Marktwirtschaft haftet der Ruf der Ungerechtigkeit an. Kann der Markt denn überhaupt «gerecht» sein?***

Zunächst muss man klären, welche Gerechtigkeit man meint. Die Chancengerechtigkeit am Beginn des Lebens? Die Regelgerechtigkeit, dass für alle gleiche Spielregeln gelten? Die Tauschgerechtigkeit, dass sich Leistung und Gegenleistung halbwegs entsprechen? Oder die sogenannte Verteilungsgerechtigkeit, die viele mit einer Angleichung der Einkommen und Vermögen gleichsetzen? Man erkennt rasch, dass diese verschiedenen Konzepte von Gerechtigkeit einander zum Teil widersprechen.

Erst recht erkennt man, dass es sogar innerhalb eines bestimmten Konzeptes von Gerechtigkeit keine einheitlichen Vorstellungen von Gerechtigkeit gibt, ja geben kann. Welche ungleichen Startchancen sollen ausgeglichen werden und welche nicht? Wie werden Leistung und Gegenleistung bewertet? Welche Gleichheit oder Ungleichheit der Einkommen und Vermögen wird als gerecht empfunden? Noch wichtiger ist aber die Einsicht, dass in einer dynamischen, offenen und freien Ordnung Unterschiede und Vielfalt geradezu wesenstwendig sind.

Nur in totalitären und statischen Ordnungen kann man Verteilungen halbwegs konstant halten. Deshalb führt der Versuch, Unterschiede der Einkommen und Vermögen, die immer auf einer Mischung aus Tüchtigkeit und Glück beruhen, zu korrigieren, notwendigerweise zu einem Verlust an Wohlstand und Innovation. Gewonnen wird damit im besten Fall etwas mehr Verteilungsgleichheit, was vielleicht eine Mehrheit mit mehr Gerechtigkeit gleichsetzt, was aber anderen Gerechtigkeitsvorstellungen widerspricht. Auch mit Blick auf die Gerechtigkeit ist die Marktwirtschaft daher unvollkommen, sie ist die schlechteste aller Wirtschaftsordnungen – mit Ausnahme aller anderen, die wir kennen.

***Was sind die grössten Stärken, was die grössten Schwächen der Schweizer Wirtschaftsordnung?***

Zu den Stärken zählt der relativ liberale Arbeitsmarkt; leider haben wir aber mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit einen Teil dieser Stärke preisgegeben, als politischen Preis für die Erweiterung und Öffnung des Arbeitsmarktes. Auch ist das Verhältnis der staatlichen Bürokratie zu den Bürgern und Unternehmen in der Schweiz um Klassen dienstleistungsorientierter, weniger obrigkeitstaatlich als praktisch überall sonst auf der Welt. Das hat nicht nur, aber auch mit einer weiteren Stärke zu tun, mit dem Wettbewerb der Gemeinden und Kantone, bei den Steuern und darüber hinaus.

Die relativ gleichmässige Primärverteilung der Einkommen ist ebenfalls ein Pluspunkt. Dank ihr besteht nämlich wenig Anlass für Klassenkampf und starke Umverteilung. Zu den Schwächen gehört, dass in gewissen Branchen (beispielsweise im Bau) auf lokaler Ebene zu wenig Wettbewerb herrscht und dass sich Politik und Wirtschaft verfilzen.

Besonders tabuisiert ist der Wettbewerb leider in all jenen Segmenten, die mit dem Schlagwort «Service public» dem Markt entzogen werden. Bei der Telekommunikation, den elektronischen Medien, der Post, dem öffentlichen Verkehr und der Energie ist das Ausland mutiger, zukunftsöffener, marktorientierter.

Schliesslich herrscht in zu vielen Bereichen ein Mangel an Kostentransparenz und Kostenwahrheit. Besonders im Verkehr, dem öffentlichen ebenso wie dem privaten, im Bildungs- und im Gesundheitswesen werden die Nutzer und Nachfrager zu wenig mit den tatsächlichen Kosten der Dienstleistungen, die sie in Anspruch nehmen, konfrontiert. Das führt zu Überkonsum und zu Wohlstandsverlusten.

*Online-Publikation: 09.08.2012*



**Peter Eisenhut: Aktuelle Volkswirtschaftslehre**

Ausgabe 2012/2013,

Rüegger Verlag,

288 Seiten, 45 Franken

## «Ohne Energie ist es ein lausiges Leben»

Die Menschheit braucht weiter mehr Energie, weiss Lino Guzzella, der neue Rektor der ETH Zürich. Im Gespräch bei Avenir Suisse schätzte er die Potenziale der neuen erneuerbaren Energien realistisch ein – also kritisch.

Markus Schär

Wetzikons grösste Solar-Anlage knackte die Traum-Grenze, wie der «Tages-Anzeiger» jubelte: In nur drei Jahren und vier Monaten erzeugte dieses zukunftsweisende Projekt 100 000 kWh Strom. «Wie lange braucht das AKW Leibstadt dafür?», fragte Professor Lino Guzzella. Und viele Experten im Publikum wussten die Antwort: fünf Minuten.

«Wie realistisch ist die Energiewende?», hiess das Thema des Abendlichen Gesprächs, zu dem Avenir Suisse einlud, um das «avenir spezial» zum Thema Energie zu lancieren. Als Rektor der ETH seit dem 1. August und als Energie-Experte mit Weltruf bot sich Lino Guzzella für diesen Anlass an. In seinem fulminanten Referat warb der Wissenschaftler um Realismus, unter dem Motto von Nobelpreisträger Richard Feynman: «Für eine erfolgreiche Technologie kommt die Realität vor

der Propaganda, denn die Natur lässt sich nicht zum Narren halten.»

Gegenüber der 2000-Watt-Gesellschaft, die gerade auch ETH-Professoren predigen, zeigte sich der ETH-Rektor skeptisch. Er wies darauf hin, dass die Schweizer bis 1950 auf diesem Niveau lebten – «in einer agrarischen, undemokratischen und nicht emanzipierten Gesellschaft». Heute brauchen die Schweizer das Dreifache an Strom. Fünf Milliarden Menschen leben aber noch auf dem agrarischen Niveau, stellte Lino Guzzella fest: «Sie wollen alle auf unser Niveau hoch – und sie haben das Recht dazu.» Denn: «Ohne Energie ist es ein lausiges Leben.»

### Die Welt braucht weiter mehr Strom

Der Stromverbrauch steigt in der Schweiz seit sechzig Jahren um jährlich drei Prozent. Global gesehen wird sich dieser Trend sicher fortsetzen: «Ich habe noch nie eine Prognose zum Energieverbrauch gesehen, die nicht von der Realität überholt worden wäre.» Aber lässt sich der stetig wachsende Bedarf wenigstens mit einer Energieproduktion decken, die keine Risiken für Menschen und Umwelt bietet? 95 Prozent des Schweizer Stroms, zeigte Lino Guzzella, kommen aus AKW und Wasserkraftwerken, nur 5 Prozent aus den sogenannten neuen Erneuerbaren – und davon stammt der grösste Teil aus Kehrrechtverbrennungsanlagen, der Beitrag der Solarenergie lässt sich auf Grafiken kaum darstellen.

Daran ändere sich in den kommenden Jahrzehnten kaum etwas, zeigte der Experte mit einer Übersicht über die Optionen. Die Geothermie, «von weitem interessant, von nahe riskant», biete extreme, von niemandem tragbare Investitionsrisiken, weil mit ungewissem Erfolg bis zu fünf Kilometer tief gebohrt werden müsse, um die nötige Temperaturdifferenz von mindestens

### Sonnige Träume, kühle Rechnung

Es bräuchte nicht «nur» 240 000 Solaranlagen, um ein AKW zu ersetzen, sondern rund 1 500 000, weil sie real viel weniger Strom produzieren.

#### AKW Leibstadt

Maximale Leistung	1'200'000 kW
Produzierte Energie	8'800'000'000 kWh

$$\text{Lastfaktor} = \frac{8'800'000'000 \text{ kWh}}{1'200'000 \text{ kW} \times 8760 \text{ h}} = 0.83$$

#### Photovoltaikanlage auf Haus

Maximale Leistung	5 kW
Produzierte Energie	6'000 kWh

$$\text{Lastfaktor} = \frac{6'000 \text{ kWh}}{5 \text{ kW} \times 8760 \text{ h}} = 0.13$$

150 Grad zu schaffen. Mit der Photovoltaik hat Deutschland schon 100 Milliarden Euro in den Sand gesetzt – «unglaublich, wie da Volksvermögen verschoben wird» –, und die Deutschen kämpfen jetzt mit dem Problem, dass die Solaranlagen 75 bis 80 Prozent des Stroms im Sommerhalbjahr erzeugen: «Beim Bedarf ist es umgekehrt – im Sommer brauchen wir wenig Strom, im Winter viel.»

### Ist die Energiewende schon am Ende?

Das Problem lasse sich auch nicht mit Speichern lösen. So kann das derzeit ausgebaute Pumpspeicherwerk Linth-Limmern das AKW Gösgen nur 37 Stunden lang ersetzen: «Um den saisonalen Bedarf zu decken, bräuchten wir um die 100 solcher Anlagen.» Die Windenergie schliesslich könne man mit derzeit 2 Prozent der weltweiten Produktion «immerhin auf einer Grafik darstellen», aber die Probleme des Ausbaus und des Betriebs würden unterschätzt.

«Ist die Energiewende schon am Ende?», fragten Direktor Gerhard Schwarz und Energieexperte Urs Meister den Referenten. «Fukushima ist auch eine Realität», meinte Lino Guzzella. Er wies aber darauf hin, dass sich in den USA inzwischen «unkonventionelles» Erdgas zu einem Zehntel des Erdölpreises fördern lässt und dass es enorme Kohlevorkommen gibt, «billig und günstig verteilt»: «Mit Kohle haben wir noch für 1000 Jahre Energie – alle reden von Photovoltaik, die Welt aber verbrennt Kohle.» Bis eine neue Energieform einen massgeblichen Beitrag leistete, dauerte es bisher mindestens fünfzig Jahre; daran werde sich nichts ändern.

Der ETH-Rektor forderte deshalb sehr viel mehr Forschung und Entwicklung. Als Experte leistet er einen wichtigen Beitrag zur gegenwärtig einzig sinnvollen Strategie, den Energieverbrauch mit mehr Effizienz auf die Hälfte zu drücken: «Ich kann Ihnen locker ein Auto hinstellen, das statt der durchschnittlich 6,70 Liter auf 100 Kilometer nur 3,35 Liter braucht, allerdings fährt es nicht so schnell und beschleunigt nicht so rasch wie die Autos, die wir heute kennen. Etwas Verzicht muss schon auch sein.»

*Online-Publikation: 30.08.2012*

## Probleme der Wende

*Im März 2011 beschloss der Bundesrat den Atomausstieg der Schweiz – und seither überlegt sich die Politik, wie sich die Kernkraftwerke ersetzen lassen.* An der Debatte um die «Energiewende» beteiligt sich auch Avenir Suisse, vor allem Urs Meister als anerkannter Experte für Energiefragen. Fakten und Thesen, Artikel und Interviews finden sich im «avenir spezial» vom August 2012. Die «Grundsätze einer marktwirtschaftlichen Energiepolitik» fordern richtige Verbrauchs- und Investitionsanreize dank freien Preisen, den internationalen Handel mit seinen Vorteilen auch beim Strom, die Internalisierung von externen Kosten oder die Diversifikation als beste Strategie der Risikominimierung. Die Artikel setzen sich mit der Umsetzung der Energiewende auseinander. Und das Plakat zeigt die Stellung der Schweiz im europäischen Stromnetz. «avenir spezial» lässt sich, auch in grösseren Mengen, bestellen oder herunterladen.

---

## Gefahren der Ismen

*Die Entstehung neuer und der Auftrieb alter Ismen gefährden die liberale Ordnung der krisengeplagten heutigen Gesellschaft mehr denn je.* Dies stellte Gerhard Schwarz in einem Referat fest, das er zum Abschluss des Treffens der Mont Pelerin Society in der Prager Burg hielt. Die Ideologien rufen kaum mehr laut nach einem starken, umverteilenden und erzieherischen Staat, sondern sie schränken die Freiheit auf undurchsichtige Weise ein. Aus liberaler Sicht sind sie deshalb besonders gefährlich. Weil sie auf einem normativen Menschenbild beruhen, führen sie letztlich immer zu einer Form von äusserem Zwang. Zudem gehen sie von einem utopischen allwissenden und wohlwollenden Planer aus, der genau weiss, was gut und richtig für die Menschen ist – sie missachten also das Recht auf Unvernunft. Das Referat erschien in einer gekürzten Form in der NZZ vom 8. September 2012. Die gesamte Rede ist auf der Website von Avenir Suisse nachzulesen.

**Publikationen**



Verantwortlich für diese Ausgabe Gerhard Schwarz und Markus Schär, Avenir Suisse, Zürich  
 Mitarbeitende Barbara Angerer, Alois Bischofberger, Xavier Comtesse, Jérôme Cosandey, Simon Hurst,  
 Daniela Lepori, Michael Mandl, Urs Meister, Daniel Müller-Jentsch, Jörg Naumann, Verena Parzer  
 Epp, Lukas Rühli, Marco Salvi, Patrik Schellenbauer, Ivo Scherrer, Annegret Sturm, Rudolf Walser,  
 Dominique Zaugg, Luc Zobrist Redaktion Giessereistrasse 5, 8005 Zürich Telefon 044 445 90 00  
 E-Mail [redaktion@avenir-suisse.ch](mailto:redaktion@avenir-suisse.ch) Gestaltung [arnold.kircherburkhardt.ch](http://arnold.kircherburkhardt.ch) Druckauflage 8500 Exemplare  
 Druck Feldegg AG, [www.feldegg.ch](http://www.feldegg.ch) Publikation dreimal jährlich Download Nachdruck, auch auszugs-  
 weise, mit Quellenangabe («avenir aktuell») gestattet; abrufbar als PDF auf [www.avenir-suisse.ch](http://www.avenir-suisse.ch).